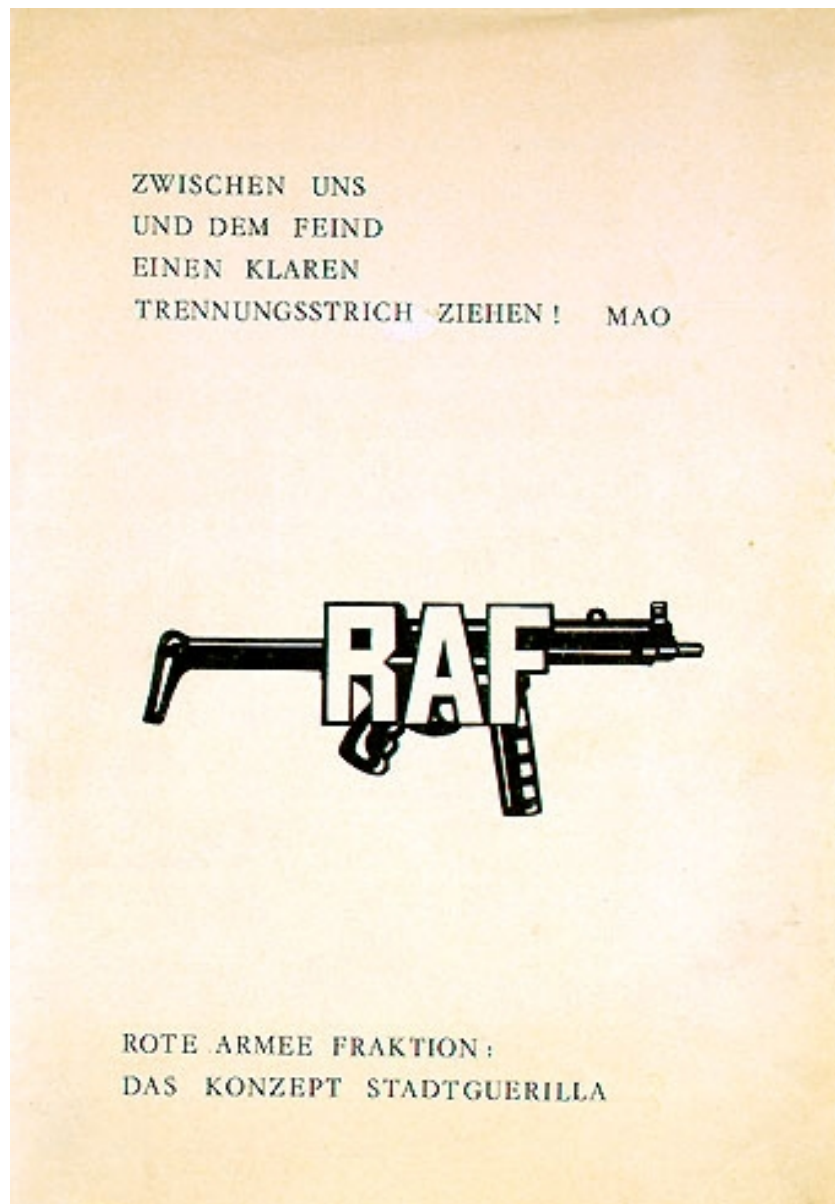


Die RAF (Rote Armee Fraktion)

Referat von Elisabeth Diell am 27.5.2009



Das Konzept Stadtguerilla

Die von Ulrike Meinhof verfasste 16-seitige Schrift rechtfertigt den bewaffneten Kampf zur Umgestaltung der Gesellschaft. Bundesrepublik Deutschland, Mai 1971.

(Als Vorbild diente das „Handbuch des Stadtguerillero“ von Carlos Marighella)

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Die Entstehung der RAF ist ohne die ebenso kurze wie dynamische Geschichte der 68er-Bewegung nicht zu verstehen. Ihre Gründer stammten zumindest aus dem Umfeld der damaligen Protestbewegung. Die RAF war vor allem ein Produkt ihrer Zerfalls- und Transformationsgeschichte.

Zur Vorgeschichte

Wir befinden uns in den 60er Jahren der Bundesrepublik Deutschland. Das westdeutsche Wirtschaftswunder war vollbracht, die Kriegsschäden weitgehend beseitigt, die Millionen aus Ostdeutschland Vertriebenen eingegliedert, und ein allgemeiner Wohlstand breitete sich aus.

Wegen großzügiger Entnazifizierungsmaßnahmen befanden sich unzählige Nazis wieder in Amt und Würden. Nicht nur Heinrich Lübke (deutscher Bundespräsident von 1959-1969), auch der deutsche Bundeskanzler Karl-Georg Kiesinger, der von 1966 – 1969 als Kanzler die Große Koalition anführte, hatten nationalsozialistische Vergangenheiten¹.

«Im Hintergrund immer die beiden Undiskutablen, die beiden Untragbaren und Unerträglichen: Lübke und Kiesinger», schrieb Heinrich Böll 1968 angesichts der Verabschiedung der Notstandsgesetze in «Konkret». *„Untragbar und unerträglich waren diese Repräsentanten des bundesdeutschen Staates nicht nur wegen ihrer reaktionären Gegenwartspolitik in Kleiner und Großer Koalition, sondern vor allem aufgrund ihrer Vergangenheit, denn die war nationalsozialistisch“.*

Die Elterngeneration schweigt über die schrecklichen Vorfälle während der Nazi-Diktatur, die sich vor allem gegen die jüdischen Mitbürger richteten. Verdrängung findet statt. Als Hannah Arendt 1949/50 zum ersten Mal wieder nach Europa kommt und auch Deutschland einen Besuch abstattet, schreibt sie: *„Die Wiederbegegnung mit Deutschland erfüllt mich mit Trauer. Ich finde den Mangel an politischer Aufarbeitung der vergangenen Ereignisse erschreckend“.*

Durch die Bildung der Großen Koalition zwischen CDU und SPD im Jahre 1966 gab es kaum noch eine wirksame Opposition, da die FDP weniger als 50 Mandate hatte (es gab damals nur 3 Parteien! im Parlament). Im Mai 1968 verhandelte der Bundestag über die Deutschen Notstandsgesetze², welche einer eventuellen staatlichen Reaktion auf den Verteidigungsfall, den inneren Notstand oder den Katastrophenfall eine gesetzliche Grundlage sowie verbindliche Ermächtigungen und Beschränkungen geben sollten. Da die festgelegten Maßnahmen auch mit Grundrechtseinschränkungen verbunden waren, folgerten viele, dass die Demokratie vor der Abschaffung stünde. Der kritischen Öffentlichkeit war der Begriff „innerer Notstand“ nicht eng genug definiert. Viele befürchteten, dass die Regierung auch bei Massenstreiks und Massendemonstrationen von diesem Ausnahmerecht Gebrauch machen könnte.

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Es gab Demokratiedefizite, die Pressefreiheit ließ zu wünschen übrig: wir erinnern uns an die Spiegel-Affäre 1962³. Der Springer-Konzern hatte eine Monopolstellung. Trotz der gewaltigen Ausbauleistung hatte Deutschland eine engstirnige und verkrustete Gesellschaft. Einige Beispiele will ich hier nennen: sie duldeten keinen Damen- und Herrenbesuch nach 22 Uhr, sonst hätte man sich gegen den Kuppeleiparagrafen strafbar gemacht; Homosexualität war mit Strafe bedroht; Nacktheit in der Öffentlichkeit oder in den Medien galt als unschicklich; über Sexualität und sexuelle Aufklärung wurde öffentlich nicht geredet; die Geburt eines unehelichen Kindes war eine Schande für die Mutter und deren Familie; kirchliche Trauung zwischen einem Protestanten und einer Katholikin war nur möglich, wenn der Protestant sich schriftlich gegenüber der kath. Kirche verpflichtete, dass die Kinder katholisch getauft und erzogen würden; Ehefrauen mit Kindern benötigten für ihren künftigen Arbeitgeber die Genehmigung ihres Ehemannes, wenn sie eingestellt werden wollten; in manchen Schulen gab es noch die Prügelstrafe (habe ich selbst erlebt). An den Universitäten sprach man seine Studienkollegen mit Sie und mit „Herr Kommilitone“ an; überfüllte Hörsäle, der Versuch der Automatisierung universitärer Abläufe, keine studentische Mitbestimmung.

In den 1960er Jahren formierte sich eine weltweite jugendliche Protestbewegung. Die internen Umwälzungen erschütterten nicht nur die westliche, kapitalistische Welt, sondern auch die Warschauer-Pakt-Staaten sowie die Dritte Welt in Lateinamerika, Afrika und Asien.

Diejenige Bewegung, die die politische Ausrichtung der Aktivisten um 1968 am entscheidendsten prägen sollte, war die sich Anfang des Jahrzehnts formierende Neue Linke. Ihre Wurzeln reichten bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre, als sie unter dem Eindruck des Ungarn-Aufstandes und der Suez-Krise von 1956 im Umfeld von E.P. Thompson, Stuart Hall und Ralph Miliband als britische New Left entstand und danach ihren Weg über den amerikanischen Soziologen C. Wright Mills und andere – dazu gehörten auch Adorno und Horkheimer – in die USA fand. Es gab vieles in der Welt anzuprangern, doch es war der Krieg in Vietnam, der weltweit zum Paradigma für die imperialistische Unterdrückung der Dritten Welt durch den „freien Westen“ wurde.

Neben überregionalen Problemfeldern richtete sich der Protest gegen spezifische Missstände in den eigenen Ländern. In Deutschland war sie eine vor allem von Studenten getragene Protestbewegung, die von der Sozialistischen Deutschen Studentenbewegung (SDS)⁴ mit dem Soziologiestudenten Rudi Dutschke als führenden Ideologen ausging und von Intellektuellen (u.a. v. Heinrich Böll, Herbert Marcuse) unterstützt wurde. Sie hatte ihre geistige Heimat in der neomarxistischen Gesellschaftsanalyse und in anderen kritischen Theorien (siehe mein Referat „Frankfurter Schule“). Sie wollte eine radikale Demokratie, in der die Basis (die Wähler) in allen Bereichen direkt mitbestimmen sollte. Neben dieser Basisdemokratie beabsichtigte sie alle traditionellen Strukturen, die sich nicht rational legitimieren ließen, zu beseiti-

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

gen. Schule und Hochschule sollten der jungen Generation in erster Linie demokratisches Verhalten beibringen und Demokratie einüben. Alle gesellschaftlichen und kulturellen Fragen galt es von der politischen Seite zu sehen. Wo immer Machtstrukturen auftraten - z.B. im Lehrer-Schüler-Verhältnis -, da sollten sie durch direkte Mitbestimmung aller ersetzt werden. Im Bereich der Wirtschaft hieß das, dass die „kapitalistische Macht der Großunternehmen“ zu überwinden war.

Daneben gab es die APO (Außerparlamentarische Opposition). Im Gegensatz zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) war die APO eine thematisch und politisch breit gefächerte Protestbewegung, die weit über den SDS und die Universität hinausreichte und eine liberalere, tolerantere, weniger autoritäre Gesellschaft anstrebte. Es gab damals in der jungen Generation ein tief sitzendes Unbehagen über die Muffigkeit, die Autoritätsgläubigkeit, die spießige Kleinkariertheit und geistige Enge ihrer Familien und ihres Lebensumfeldes - so wie anfangs schon beschrieben. Diesen latent vorhandenen Protest artikulierte und mobilisierte der SDS als geistigen Führer der APO. Dies führte zu zahlreichen Protestaktionen gegen die etablierten Autoritäten auch in der Provinz. Der Protest richtete sich vor allem gegen die geplanten Notstandsgesetze, die aus Sicht der APO den demokratischen Rechtsstaat gefährden. Sie protestierten gegen den Krieg der USA in Vietnam und gegen die Monopolstellung des Axel Springer Pressekonzerns, sie forderten dessen Enteignung um die sich darin anbahnende Gefahr für die parlamentarische Demokratie zu bannen. (man nimmt an, die Grundidee stammte von der SED als Reaktion auf die Angriffe der Bild-Zeitung und andere Presseorgane des Hauses Springer gegen die DDR-Führung).

Die Polemisierung gegen die demonstrierenden Studenten mit ihrer simplifizierenden Berichterstattung (vor allem in der Bild-Zeitung) schürte die Wut der Demonstrierenden und trug zur Konfrontation bei. Für die APO und SDS war Springer die Inkarnation des Bösen. Der Springer-Konzern hatte in diesen Jahren auf dem Berliner Zeitungsmarkt eine Art Monopolstellung. Fast drei Viertel der Berliner Zeitungen wurden in Redaktionsräumen des Springer-Verlags gefertigt. (Böll, der ebenfalls jahrelang einen Konflikt mit dem Verleger Axel Springer hatte, hat die Hetzjagd seitens der Bild-Zeitung in seinem Roman „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ (1974) sehr anschaulich dargestellt)

Neben SDS und APO war auch immer wieder die Berliner Kommune 1 ⁵ im Gespräch. Näheres dazu im Anhang

Zunächst versuchten die Protestler durch Demonstrationen, durch (harmlose) „Sit-ins“ und „Happenings“, die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu gewinnen. Bald folgten Boykottaufrufe, gewaltsame Blockaden und Besetzungen, z.B. von Rektoraten in den Universitäten. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei reagierte immer schärfer und ging teils mit sadistischer Härte gegen die Demonstranten vor. (Wir erinnern uns noch an die Fernsehbilder, wo Polizisten willkürlich mit ihren Schlagstöcken auf die Demonstrierenden einschlugen). So geschah

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

es auch während einer Demonstration gegen das Regime des Schahs von Persien⁶, als dieser im Juni 1967 Berlin besuchte. Dabei wurde ein harmloser Demonstrant, der 26jährige Student Benno Ohnesorg, von einem Polizisten erschossen. Auf den schon am Boden liegenden Ohnesorg wurde weiter eingedrückt.

Die Bewegung hatte ihren ersten Märtyrer. Das Datum frisst sich in das Bewusstsein der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Das Bild des sterbenden Ohnesorg, auf dem Boden liegend, sein Kopf von einer elegant gekleideten Studentin gehalten; Polizisten, die sich scheinbar teilnahmslos abwenden – dieses Bild wird zum Fanal, zur Metapher, die eine Generation prägen sollte. War das nicht der präfaschistische Staat, in dem immer noch Nazi-Eliten das Sagen hatten? Und willkürlich missliebige Demonstranten umbringen konnten?

So sieht es auch eine junge Studentin, die sich nach dem Tod von Benno Ohnesorg mit anderen Studenten im Zentrum des Sozialistischen Deutschen Studentenbund am Kurfürstendamm versammelt. Ein Mitarbeiter des SDS: *„Sie wollte, dass wir uns bewaffnen und eine Polizeikaserne stürmen“*. Sie sagte: *„Das ist die Generation von Auschwitz, mit denen kann man nicht reden.“*

Die junge Studentin war Gudrun Ensslin, sie wird wenige Wochen später Andreas Baader kennen lernen. Aber auch liberale Publizisten wie Sebastian Haffner im „Stern“ sehen Parallelen zur Nazizeit. *„Es war ein systematischer, kaltblütig geplanter Pogrom, begangen von der Berliner Polizei an Berliner Studenten.“* Das Ereignis und die anschließende Vertuschungstaktik der Polizei und des Berliner Senats (der Polizist wurde freigesprochen) mobilisierte die Studenten im ganzen Land. Friedliche Demonstrationen verwandelten sich in Straßenschlachten. Der SDS gewinnt an Bedeutung. Im Juni findet in der Sporthalle Hannover ein Studenten-Kongress statt, der sich mit der Frage beschäftigt, welche Konsequenzen aus dem Tod von Benno Ohnesorg gezogen werden müssten. Rudi Dutschke – einer der prominentesten Wortführer des SDS - fordert von den Studenten „Aktionszentren“ an den Universitäten aufzubauen und in Berlin notfalls mit „Kampfaktionen“ gegen die Demonstrationsverbote vorzugehen. (die deutsche Regierung hatte nach der Schah-Demonstration Demonstrationsverbot verhängt). Jürgen Habermas – damals Ordinarius für Philosophie und Soziologie an der Frankfurter Universität – warnte vor den gewaltsamen Folgen der Auseinandersetzung zwischen Staat und Studenten. Er wandte sich gegen Dutschkes *„Verbalradikalismus“*.

Ein knappes Jahr nach dem Tod von Benno Ohnesorg wurde Rudi Dutschke von dem Arbeiter Josef Bachmann durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Dutschke überlebte das Attentat, starb aber 1979 an den Spätfolgen der Verletzungen, die eine Epilepsie bei ihm verursacht hatten. (Merkwürdigerweise beging am Tag darauf der 36jährige Sohn Axel Springers Selbstmord).

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Die Bundestagswahlen von 1969 brachten den ersten Machtwechsel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. SPD und FDP bildeten eine sozial-liberale Koalition unter Kanzler Willi Brandt, der die Herausforderung durch die APO mit dem Motto *"Wir wollen mehr Demokratie wagen"* von staatlicher Seite beantworten wollte. Reformen von oben sollten die Radikalisierung brechen und die junge Generation wieder zum Staat hinführen: entscheidende Ziele waren „Mitbestimmung“, „Chancengleichheit“ und „Emanzipation“⁷.

An der Frage, ob Gewaltanwendung für das Erreichen politischer Ziele erlaubt sei, spaltete sich die APO/SDS in den nächsten Jahren. Ein Teil, die Radikalen (insgesamt ca. 250, wobei die Mehrheit nur Sympatisanten waren) suchte mit Terror den Kampf als eine Art „Krieg gegen die bürgerliche Gesellschaft“ fortzuführen und ersetzte politische Aufklärung durch Mord, Gewaltanwendung und Erpressung; ein anderer Teil wollte über den „langen Marsch durch die Institutionen“ von innen heraus eine allmähliche Veränderung der Gesellschaft erreichen. Sie konnten nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition in die SPD integriert werden oder setzten ihren Protest in friedlichen Bürgerinitiativen oder in der Friedensbewegung⁸ fort. Dies betraf insbesondere das neue Thema Umweltschutz, welches dann von der neu gegründeten Partei „Die Grünen“ aufgegriffen und zu einem politischen Gesamtkonzept ausgebaut wurde.

Der Weg in den Untergrund

Andreas Baader und Gudrun Ensslin lernten sich nach der Erschießung Benno Ohnesorgs kennen. Zu dem Zeitpunkt hatte Baader schon eine Vorstrafenliste wegen Auto- und Motorradklau sowie anderer Delikte hinter sich. Erstmals öffentlich aufgefallen ist er als 19jähriger 1962 bei den Schwabinger Krawallen⁹, die erste Jugendprotestbewegung in Deutschland, wo er als Rädelführer festgenommen wurde. Für Rainer Langhans (Mitglied der Berliner Kommune 1) waren Baaders Motive zu jener Zeit offensichtlich: *„Den Eindruck, den ich damals hatte, war, dass es ihm Spaß machte, immer wieder Regeln zu brechen und sich an nichts zu halten, was andere Leute anstandsmäßig oder nettmäßig so draufhatten. Er hatte eine diebische Freude daran, wirklich böse Sachen zu machen“*. Der Künstler Markus Lüpertz, mit dem Baader öfter durch Berliner Kneipen gezogen ist, schildert ihn als *„manisch aggressiven Typ mit einer Sehnsucht zu Verlieren“*. Seine Weggefährten attestierten ihm, dass er Spaß daran zu haben schien sich darzustellen, „die Show zu machen“. Auch wurde ihm kriminelle Energie attestiert.

Andreas Baader wurde 1943 in München geboren. Sein Vater, der promovierte Kunsthistoriker und Archivar Berndt Philipp Baader, blieb nach dem Krieg vermisst. Da war Andras gerade 2 Jahre alt. Er wuchs bei seiner Großmutter, Mutter und Tante auf, wurde unglaublich verwöhnt. Seine ebenfalls akademisch gebildete Mutter (sie befindet sich heute in einen Seniorenstift in Hamburg) wollte unbedingt, dass er Abitur machte und einen Beruf erlernte. Es war nicht möglich. Er wuchs zu einem provozierenden Draufgänger heran, der Konfrontationen suchte, ständig Machtkämp-

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

fe ausfocht und andere zu Mutproben herausforderte. Mit 13 Jahren kam er nach Königshofen in ein Internat, aber nachdem er mehrmals von dort geflohen war, holte ihn die Mutter wieder nach München. Das Gymnasium musste Andreas Baader ohne Abitur verlassen. Als er 1963 – 20jährig - nach Berlin kam, hatte er weder einen Schulabschluss noch eine Berufsausbildung. Von 1965 an lebte er in Schöneberg mit der drei Jahre älteren Kunstmalerin Ellinor Michel und deren Ehemann in einem Dreiecksverhältnis. Ellinor Michel brachte noch im gleichen Jahr seine Tochter zur Welt. Sein Geld verdiente er mit Gelegenheitsjobs als Schlafwagenschaffner, er wollte Journalist werden, wollte ein Buch schreiben, wollte einen Film drehen. Es blieb alles nur beim Wollen. Dann lernte er Gudrun Ensslin kennen, er verließ die Wohngemeinschaft.

Durch die Bekanntschaft mit Gudrun Ensslin kam er mit dem SDS in Berührung, er politisierte sich sehr schnell, nahm an jeder Aktion teil, wurde Initiator von Aktionen. Er taucht nun immer öfter auf Versammlungen des SDS auf und fällt dort mit seiner permanenten Forderung nach „Aktionen“ auf. *„Nicht reden, sondern handeln“* forderte er. Die Stimmung in der SDS heizte sich immer mehr auf. Rudi Dutschke forderte im Sept. 1967 während einer SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik. Einige Jahre später sollte es so kommen, allerdings ohne ihn.

Im April 1968 ist es dann soweit. Andreas Baader und Gudrun Ensslin, sowie Thorwald Proll und Horst Söhnlein zünden in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze, um. Die Flammen, heißt es später, sollten als Fanal gegen den Vietnam-Krieg lodern, die Bombardierung der nordvietnamesischen Bevölkerung durch die US-Luftwaffe geißeln. Außerdem stehen Kaufhäuser als Symbol für kapitalistischen "Konsumterror". Noch entsteht nur Sachschaden. Die Brandstiftung markiert aber den Wendepunkt innerhalb der Studentenbewegung: Während die Mehrheit weiter auf friedliche Proteste setzt, propagiert eine radikale Minderheit den Untergrundkampf. Andreas Baader – der bis dahin bei den Protestlern nur eine Nebenrolle spielte – war mit einem Schlag der Star der Bewegung. Er wurde bewundert für seine Tat.

Bei der Verurteilung der Warenhausbrandstifter im Oktober 1968 hatte das Frankfurter Landgericht sie einerseits zwar wegen menschengefährdeter Brandstiftung zu jeweils drei Jahren Zuchthaus verurteilt, andererseits aber in seiner Urteilsbegründung darauf hingewiesen, dass die Angeklagten *„keine kriminellen Typen im üblichen Sinne“* seien und ihnen deshalb – insbesondere wegen ihrer Bezugnahme auf den Vietnamkrieg – *„ideelle Motive nicht abgesprochen“* werden könnten. Diese Meinung änderte sich gewaltig nach den ersten Mordopfern.^{9a}

Im Gegensatz zu Baader kam Gudrun Ensslin mit ihrer Haftsituation deutlich besser zurecht. Das lag vor allem an der linken Sozialdemokratin und Justizreformerin Helga Einsele, Direktorin in der Frauenhaftanstalt. Gudrun Ensslin ist für sie ein *„eindrucksvoller Mensch, weil sie so absolut ist, notfalls mit dem Leben für ihre Überzeugung“*

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

eintritt“. Für sie steht fest, dass Andreas Baader „*dieser schreckliche Kerl*“ für Ensslins spätere tragische Entwicklung größtenteils verantwortlich ist.

Gudrun Ensslin wurde 1940 in Bartholomä, am Rande der Schwäbischen Alb geboren. Sie wuchs mit drei älteren und drei jüngeren Geschwistern in einem 200 Jahre alten Pfarrhaus in Cannstatt auf. Als 18jährige verbrachte sie ein Jahr als Austauschschülerin in einer wohlhabenden Methodistengemeinde in Pennsylvania. 1960 machte sie ihr Abitur und begann dann in Tübingen Germanistik, Anglistik und Pädagogik zu studieren. Mit Bernward Vesper, den Sohn des NS-Dichters Will Vester, gründete sie 1963 das „Studio neue Literatur“, einen Verlag. Nach der ersten Staatsprüfung für Grundschullehrer immatrikulierte sie sich für ein Aufbaustudium in Germanistik und Anglistik an der Freien Universität Berlin. 1965 arbeitete sie in dem von Günther Grass zur Unterstützung des SPD-Wahlkampfes gegründeten „Wahlkontor der Schriftsteller“ mit, doch als die SPD mit der SDU/CSU zusammen 1966 die Große Koalition bildete, wandte sie sich enttäuscht von der Partei ab und engagierte sich in der APO. Kurz nach der Geburt ihres Sohnes lernt sie Andreas Baader kennen und im Januar 1968 verließ sie ihren Lebensgefährten und ihr Kind. (Vesper nahm sich 1971 das Leben, das Kind gab sie zu Pflegeeltern).

Die Anwälte – für Andreas Baader ist es Horst Mahler - hatten für die Kaufhausbrandstifter Revisionsanträge gestellt. Andreas Baader und Gudrun Ensslin wurden im Juni 1969 bis zur Entscheidung über ihren Revisionsantrag aus der Haft entlassen. In dieser Zeit organisierten sie die Aktion „Heimbewohner raus aus den Fürsorgeheimen und rein in Wohngruppen“. Durch diese Aktion konnten sie einige Verbesserungen in den hessischen Fürsorgeheimen erreichen.

Als der Bundesgerichtshof fünf Monate später die Revision verwarf, setzen Andreas Baader und Gudrun Ensslin sich zunächst ins Ausland ab, dann kehrten sie zurück und schlüpfen vorübergehend bei der Journalistin Ulrike Meinhof in Berlin unter. Während des Prozesses gegen die Brandstifter zeigte die Journalistin Ulrike Meinhof in ihren Beiträgen in der Hamburger Zeitschrift „Konkret“ Verständnis für diesen Anschlag auf den „Konsumterror“. Als Ulrike Meinhof Andreas Baader zum ersten mal persönlich kennenlernt, war sie sofort fasziniert von seiner Persönlichkeit. Auch Horst Mahler – der Verteidiger von Andreas Baader im Brandstifterprozess - entwickelte mehr und mehr Sympathie für seinen „Klienten“. Er bewunderte dessen Zielstrebigkeit und Unverfrorenheit. Ulrike Meinhof wurde die Stimme der RAF, sie war die für Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe zuständig. Gudrun Ensslin für die Logistik.

Beim Versuch, Waffen zu beschaffen, wurde Andreas Baader von einem Spitzel des Verfassungsschutzes im April 1970 in eine Verkehrskontrolle getarnte Falle der Polizei gelockt. Andreas Baader wurde erneut verhaftet, er wollte nicht zurück ins Gefängnis. Während einer Ausführung aus dem Gefängnis in Berlin-Tegel wird Baader im Mai 1970 mit Waffengewalt befreit; ein Mensch wird dabei schwer verletzt.

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Maßgeblich beteiligt an der Aktion waren Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und der Baader-Anwalt Horst Mahler.

Mit einem Schreiben an die Berliner Untergrundzeitung „Agit 883“ verkünden die Baader-Befreier Sinn und Zweck der Gefangenenbefreiung: *„Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, Hosenscheißern, den Allesbesser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.“* Die Begründung endet mit marxistisch-leninistischen Beschwörungsformeln:

- *Die Klassenkämpfe entfalten*
- *Das Proletariat organisieren*
- *Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen*
- *Die Rote Armee aufbauen!*

Das war die Geburtsstunde der RAF (Rote Armee Fraktion)

Nach der Befreiungsaktion flogen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Horst Mahler zusammen mit etwa 20 anderen Gesinnungsgenossen im Juni 1970 von Ost-Berlin nach Jordanien und ließen sich zwei Monate lang in dem radikalen Palästinenserlager El Fatah bei Amman für den Guerillakampf ausbilden. Danach versuchten sie eine weitere Ausbildungsmöglichkeit in Nordkorea zu erhalten – jedoch ohne Erfolg.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland (Landung wieder in Ostberlin) gründete Horst Mahler die Untergrundorganisation. Er besuchte Rudi Dutschke in London um ihn als Mitglied zu gewinnen, dieser lehnte ab, es habe keinen Sinn mehr, meinte er.

(Die DDR-Regierung hatte großen Einfluss auf den RAF-Terrorismus; Aussteiger konnten in den 80ern dort untertauchen).

Bei drei gleichzeitig stattfindenden Banküberfällen in Berliner Banken erbeuteten sie sich Geld und richteten in mehreren Großstädten konspirative Wohnungen ein, richteten Depots ein, beschafften Autos, Waffen und gefälschte Papiere. Sie erfanden ein ausgeklügeltes Kommunikationsnetz, das später auch im Stammheimer Gefängnis angewandt wurde. Andreas Baader war jetzt in seinem Element, er war der unangefochten anerkannte Chef der Untergrundgruppe. Zum ersten Mal in seinem Leben hatte er das Gefühl, eine Lebensleistung zu vollbringen, ein Ziel zu haben.

Mit einer Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen der US-Armee und gegen ihren Erzfeind, der Axel-Springer-Konzern in Hamburg, begann der "antiimperialistische Kampf" der RAF. Über sechzig Personen werden dabei verletzt und vier getötet. Erstmals wurden nicht nur Sachen zerstört, sondern auch Menschen getötet.

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Die intensive Fahndung der Polizei hatte schließlich Erfolg: Im Juni 1972 konnten in verschiedenen Städten der Bundesrepublik Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof sowie Holger Meins und Jan-Carl Raspe, die nach der Baader-Befreiung Mitglied der RAF wurden, also die führenden Köpfe der ersten RAF-Generation, festgenommen werden. Insgesamt wurden im Sommer 1972 zwölf Mitglieder der 1. RAF-Generation festgenommen (Horst Mahler saß zu dieser Zeit unter anderem wegen Mithilfe an Baaders Befreiungsaktion im Gefängnis).

Der Mordprozeß gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins und Jan-Carl Raspe begann im Mai 1975 in einer eigens gebauten fensterlosen Mehrzweckhalle in Stuttgart-Stammheim. Unter Baaders Anwälten befanden sich auch Schily und Ströbele. Am 28. April 1977 wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu lebenslanger Haft verurteilt. (Holger Meins war am 9. November 1974 an den Folgen seines Hungerstreiks gestorben; Ulrike Meinhof hatte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Zelle erhängt.)

Hier endet nun mein Bericht über die 1. Generation der RAF. Die Vorfälle im Gefängnis Stuttgart-Stammheim, die Hungerstreiks der Gefangenen, der merkwürdige Prozessablauf, Baaders ungeheure Macht und Einfluss selbst als Gefangener, nicht nur innerhalb der Gruppe, die in Stammheim auf einer Etage „wohnte“ und sich zu einem täglichen Gruppengespräch treffen durfte, nein, auch gegenüber der sich noch draußen im Untergrund befindlichen RAF-Mitglieder. Das alles wäre ein gesonderter Vortrag wert.

Zu den Hauptzielen der 2. Generation gehörte „big Raushole“, die Befreiung Andreas Baaders. Baader hatte vom Gefängnis aus die Devise ausgegeben, dass oberste Priorität die Gefangenenbefreiung sei. Zu diesem Zweck musste der Druck auf die deutschen Behörden drastisch erhöht und der Konflikt eskaliert werden. Der Höhepunkt war dann die Schleyer-Entführung im Jahre 1977 und die Entführung der Luftansa-Maschine Landshut, die der Freipressung der Inhaftierten dienen sollte. Als das schief ging, erhängte sich Gudrun Ensslin mit einem Lautsprecherkabel in ihrer Zelle, während Andreas Baader und Jan-Carl Raspe sich erschossen. (Wie sie an die Waffen gekommen sind, gehört zu den vielen Merkwürdigkeiten und Rätseln in Stuttgart-Stammheim).

Die 3. Generation – 1982 – begann mit einer neuen Programmatik, sie wollte eine westeuropäische Guerilla, die den proletarischen Kampf in den Metropolen propagierte. Erst 1998 löste sich die RAF endgültig auf. In ihrer mehrseitigen Auflösungs-erklärung finden sich keine Spuren des Bedauerns, im Gegenteil, da heißt es: *„Wir stehen zu unserer Geschichte. Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit, entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft, zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen. Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein“*. Die gesamte Erklärung kann unter www.rafinfo.de eingesehen werden.

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Ein weiteres Kuriosum der RAF ist das kollektive Schweigen, das bis zum heutigen Tag seine Gültigkeit hat: Keine Bekenntnisse, keine Aufklärung, keine Schuldzuweisungen. Schweigen!

67 Tote (RAF-Angehörige eingeschlossen) und 230 Verletzte konnten am Ende verbucht werden. Andreas Baader hätte gesagt, was sind schon 67 Tote gegenüber die unzähligen Toten, die in Vietnam durch amerikanische Bomben umgekommen sind.

Anmerkungen

¹ Nazis wieder in hohen Ämtern

Zum Beispiel Heinrich Lübke, Bundespräsident von 1959 bis 1969. Lübke stellte sich selbst gern als Verfolgten des Naziregimes dar, der «nicht davor zurückschreckte, KZ Häftlinge in seiner Wohnung zu bewirten, jede Möglichkeit aus(nutzte), rassistisch und politisch verfolgten Menschen Unterschlupf zu gewähren»¹. Die Wahrheit bewies das genaue Gegenteil. Heinrich Lübke hatte Baupläne für Konzentrationslager entworfen und unterzeichnet. Dokumente mit seiner Unterschrift belegten diesen Sachverhalt. Schriftgutachten von der Zeitschrift «Stern» bezahlt und veröffentlicht ließen die Forderungen nach Lübkes Rücktritt laut werden, nachdem drei Jahre zuvor zunächst DDR Behörden und danach die Zeitschrift «Konkret» die Sache ans Licht gebracht hatten, jedoch ohne nennenswerte Reaktion.

Die Wahl des neuen Bundeskanzlers sorgt für Kritik: Kiesinger war von 1933 bis 1945 Mitglied der NSDAP. Von 1940 an arbeitete er im Reichsaußenministerium und stieg dort drei Jahre später zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Rundfunkabteilung auf. Kiesinger wirkte "an der Verbreitung antisemitischer Hetzpropaganda mit", wie der Historiker Philipp Gassert in seiner Kiesinger-Biographie schreibt.

² Notstandsgesetze

Die Pläne zur Einfügung einer Notstandsverfassung in das Grundgesetz reichen bis 1958 zurück. Doch erst die Große Koalition verfügt über die für die Grundgesetzänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Die Notstandsgesetze weiten im Verteidigungsfall, bei inneren Unruhen und Naturkatastrophen die Gesetzgebungskompetenz des Bundes sowie seine Weisungsbefugnisse gegenüber den Bundesländern aus. Außerdem erlauben sie die Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie den Einsatz der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes bei Unruhen im Inneren.

³ Spiegel-Affäre

Am 26. Oktober 1962 durchsucht die Polizei auf Anordnung der Bundesanwaltschaft in einer nächtlichen Aktion die Redaktionsräume des Nachrichtenmagazins "Spiegel" in Hamburg und Bonn. Mehrere leitende Redakteure werden wegen Verdachts auf Landesverrat festgenommen. Der Herausgeber Rudolf Augstein stellt sich zwei Tage später selbst der Polizei. In Spanien wird der stellvertretende Chefredakteur und Militärexperte des Blattes, Conrad Ahlers, an seinem Urlaubsort verhaftet. Anlass der Polizeiaktion ist ein Artikel über das NATO-Manöver "Fallex 62". In ihm berichtet der "Spiegel" über atomare Planungen der Bundeswehr. Bald konzentriert sich das Interesse vor allem auf die Begleitumstände der Aktion. Der Bundestag besteht auf restloser Aufklärung. Entgegen einer früheren Behauptung, mit der Sache "nichts, im buchstäblichen Sinne nichts" zu tun zu haben, muss Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß schließlich zugeben, persönlich für die Festnahme von Ahlers in

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Spanien gesorgt zu haben. Dieses Vorgehen "etwas außerhalb der Legalität" - so Bundesinnenminister Hermann Höcherl - führt zu einer schweren Regierungskrise. In der Öffentlichkeit ist die Entrüstung über den massiven Eingriff in die Pressefreiheit groß. Es kommt zu Massenkundgebungen, auf denen vehement der Rücktritt von Strauß gefordert wird. Als sich Bundeskanzler Konrad Adenauer jedoch vor seinen Verteidigungsminister stellt, treten die fünf FDP-Minister seines Kabinetts am 19. November 1962 zurück. Nun verzichtet Strauß auf sein Ministeramt, um Adenauer die Neubildung seines Kabinetts zu ermöglichen. Die Spiegel-Affäre führt erstmals zu einem großen demokratischen Engagement in der Bevölkerung.

⁴ **Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)** war ein politischer Studentenverband in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin (1946–1970). Anfangs der SPD nahestehend, wurde er nach der erzwungenen Trennung von der Mutterpartei zum Sammelbecken der Neuen Linken und spielte eine bedeutende Rolle in der Studentenbewegung der 1960er Jahre.

⁵ **Kommune 1 in Berlin**

Bereits 1966 wurden die ersten Pläne zur Gründung einer Kommune geschmiedet. Dieter Kunzelmann von der "Subversiven Aktion" sowie die SDS-Mitglieder Rudi Dutschke und Bernd Rabehl beschlossen, eine neue Gesellschaftsform an sich selbst auszuprobieren und dem Spießleben den Rücken zu kehren. In Arbeitskreisen wurden Thesen entwickelt. Es wurde überlegt, wie die Kommune funktionieren könnte und welche Ziele man damit verfolgen wollte. Eine der Thesen war, dass aus der Kleinfamilie der Faschismus entstünde. Mann und Frau würden in Abhängigkeit voneinander leben. Eine freie Entwicklung der Menschen wäre so nicht möglich. Um die "Zelle des Faschismus" (siehe Kritische Theorie), wie sie die Familie nannten, zu zerschlagen, sahen sie nur die Kommune als ideale Möglichkeit der Lebensgemeinschaft.

Nach anfänglich großem Interesse sprangen doch viele wieder ab, als das Experiment starten sollte. Übrig blieben vier Frauen und vier Männer: Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel, Ulrich Enzensberger, Volker Gebbert, Dagrun Enzensberger, Tanquil Enzensberger, Dorothea Ridder und Dagmar Seehuber. Im Januar 1967 zogen sie in die Wohnung des Schriftstellers Uwe Johnson ein, der sich damals im Ausland aufhielt. Die Kommune 1 war geboren. Kunzelmann war für die Abschaffung aller Sicherheiten. Für ihn war ein Leben ohne Geld, ohne Besitz und ohne Privatsphäre wichtig. Ansonsten sollte aber jeder das tun und lassen können, was er wollte. Vorausgesetzt, alle konnten daran teilnehmen.

Als dann noch 1968 das Fotomodell Uschi Obermaier Langhans' Freundin wurde und in die Kommune einzog, gab es noch mehr Presseberichte. "Das schönste Paar der APO", titelten die Zeitschriften.

⁶ Proteste gegen den Schah von Persien in Berlin

Der Schah von Persien und seine Frau Farah Diba waren auf Staatsbesuch in der Stadt, und die Vorboten kündeten nichts Gutes: "Gesucht wird Schah Mohamed Reza Pahlewi wegen Mord und Folterungen an dem Journalisten Karimpour Schirazi, an dem Außenminister Hossein Fatemi, an dem Justizminister Lotfi nach vorherigem Ausreißen der Augen..." So begann der Text eines Plakats mit dem Porträt des Herrschers in glitzernder kaiserlicher Uniform, das wenige Tage zuvor in der Stadt aufgetaucht war. Von der Polizei wurde es sogleich als "Hetzpropaganda" beschlagnahmt. Dreitausend Studenten hatten sich schon am Vorabend der dramatischen Ereignisse im Audimax der Freien Universität versammelt, um von dem Exil-Iraner Bahman Nirumand aus erster Hand zu erfahren, mit welcher grausamen Foltermethoden der gefürchtete Geheimdienst Savak jede Opposition gegen das Schah-Regime unterdrückte. Tausende Regimegegner fanden so den Tod. Dass die USA, die gerade in Vietnam ihren verheerenden Bombenkrieg führten, den Schah als ihren Verbündeten betrachteten, vervollständigte das düstere Bild. Was die Studenten zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen konnten: Am folgenden Mittag prophezeite Peter Herz, der Chef des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats, ganz ungeschminkt, ja geradezu genüsslich, dass sich "diese Burschen", gemeint waren "die Studenten", an diesem 2. Juni auf "etwas gefasst machen" könnten. "Heute gibt's Dresche", sagte er voraus.

⁷ „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ - Der mündige Bürger übt sich in Mitverantwortung

In diesem Motto war ein Demokratisierungsanspruch formuliert, der über den begrenzten Rahmen des parlamentarischen Repräsentativsystems hinausreichte und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat jenseits des staatlichen Ordnungsgewebes gesellschaftspolitisch verankern wollte. Es ging um eine grundlegende Erweiterung der Mitspracherechte der Menschen im Berufsleben, um eine Stärkung ihrer Selbstbestimmungsmöglichkeiten in einer pluralistisch organisierten Republik, um die Überwindung von Barrieren zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die im deutschen Verfassungsdenken seit dem 19. Jahrhundert immer wieder aufgebaut worden waren. Die Bandbreite des Brandtschen Konzepts, in dem Demokratie nicht nur als ein staatliches Ordnungsprinzip, sondern als ein gesellschaftlicher Gestaltungsauftrag verstanden wurde, zielte auf alle Lebensbereiche. Diese neue politische Philosophie wollte die demokratische Beteiligung der Betroffenen in Schule und Universität gesetzlich garantieren, setzte auf Mitsprache in der beruflichen Ausbildung und auf Mitbestimmung im Arbeitsleben, forderte die solidarische Bewältigung von Gemeinschaftsaufgaben außerhalb des Berufsalltags in Familie und Freizeit, vertrat eine Ethik der staatsbürgerlichen Mitverantwortung und Mündigkeit in der Demokratie, die nicht auf die periodische Wahrnehmung des Wahlrechts begrenzt bleiben sollte.

Idsteiner Mittwochsgesellschaft

Die Rote Arme Fraktion

Die politische und gesellschaftliche Umsetzung dieser progressiven Philosophie, die letztlich auf eine Fundamentalpolitisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft abzielte, stieß natürlich auf vielfältige verfassungs- und parteipolitisch sowie intellektuell motivierte Widerstände: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nahm bei wichtigen Gesetzesvorhaben seine Vetoposition entschlossen wahr; die parlamentarischen Gegner der Koalition stellten sich dem sozial-liberalen Reformismus auf den Ebenen des föderalen Systems in Bund und Ländern oft erfolgreich entgegen; publizistische und akademische Wortführer aus dem konservativen Lager lehnten es prinzipiell ab, die Unterscheidung zwischen Politischem und Nichtpolitischem völlig einzuebnen und Emanzipationsprozesse bis in das Familienleben hinein voranzutreiben; gleichzeitig stimulierten sie Gegenkräfte gegen den Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung.

⁸ Friedensbewegung

Die Angst vor einem Atomkrieg führt Anfang der 80er Jahre in vielen westlichen Staaten zur Entstehung einer Friedensbewegung. Ihre Anhänger sind der Meinung, dass der Rüstungswettlauf der Supermächte jedes vernünftige Maß überschritten habe. Sie fordern von den Regierungen Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung. Weil die beiden deutschen Staaten von einem atomaren Konflikt zwischen den Supermächten zuerst betroffen wären, stoßen die Forderungen der Friedensbewegung hier auf besonders große Resonanz. So entsteht auch in der DDR, als einzigem Land des Ostblocks, eine vom Staat und seinen Parteien unabhängige Friedensbewegung. In der Bundesrepublik knüpft die Friedensbewegung an die Kampagnen gegen die Wiederaufrüstung in den 50er Jahren und die Ostermarsch-Bewegung in den 60er Jahren an. Sie wird im Wesentlichen von den Grünen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie Teilen der SPD getragen. Vertreter dieser Gruppen veröffentlichen im November 1980 den "Krefelder Appell", in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ihre Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Besondere Wirkung in der Öffentlichkeit erreicht die Friedensbewegung mit den bundesweit organisierten Demonstrationen im Bonner Hofgarten Anfang der 80er Jahre, an denen insgesamt mehrere 100.000 Menschen teilnehmen.

⁹ Schwabinger Krawalle

Viertägige Straßenschlacht im Juni 1962 (!) überwiegend in der Feilitzschstraße in München Schwabing. 1962 gab es in München eine Art "Kreuzberger Verhältnisse" und das lange vor 1968, also vor den meisten gewalttätigen Konfrontationen von Berliner, Frankfurter oder Hamburger Autonomen mit der Polizei. Angefangen hatten die Unruhen in der Nähe der Ludwig-Maximilians-Universität, aufgrund eines sehr unangemessenen Einsatzes der Münchener Polizei gegen vier Straßenmusiker. Als sich StudentInnen, SchwabingerInnen und Jugendliche der Polizei widersetzen und diese Schikane nicht hinnehmen wollten, eskalierte die Situation und immer mehr Jugendliche kamen nach Schwabing und lieferten sich in der Feilitzschstraße an der

Idsteiner Mittwochsgesellschaft
Die Rote Arme Fraktion

Münchener Freiheit eine viertägige Straßenschlacht mit der Polizei. Der junge Münchener Schläger (und zu dieser Zeit noch absolut unpolitisch) Andreas Baader war damals auch dabei. Erst nach vier Tagen konnte die Polizei die Randalen stoppen. Damals war die Polizei nicht so hochgerüstet wie heute und war auch auf solche Ausschreitungen vor allem in München überhaupt nicht vorbereitet. Als Konsequenz wurde der Psychologische Dienst der Polizei gegründet.

^{9a} Andreas Baader und Gudrun Ensslin 1968 auf der Anklagebank in Frankfurt vor der Urteilsverkündung im Brandstifter-Prozess. Beide bekamen jeweils eine Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Verwendete Literatur

- Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): *Die RAF – Entmythologisierung einer terroristischen Organisation*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Schriftenreihe Band 657
- Klaus Stern u. Jörg Herrmann: *Andreas Baader – Das Leben eines Staatsfeindes*, dtv, 2007
- Rolf Kosiek: *Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen*, Hohenrain-Verlag, 2001
- Aus Politik und Zeitgeschichte: 1968, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Nr. 14-15/2008

© Elisatbeth Diell
für Idsteiner Mittwochsgesellschaft
www.idsteiner-mittwochsgesellschaft.de/dokumente/2009/20090527.pdf